

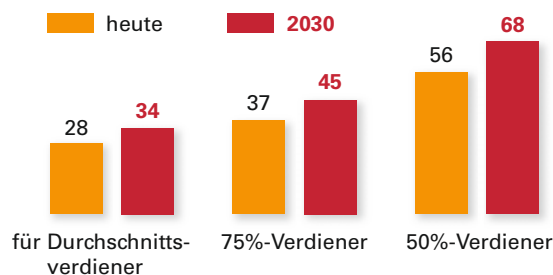
haben. Ausgeschlossen sind also ausgerechnet die Menschen mit dem höchsten Armutsrisiko, die zumeist weiblichen Teilzeitkräfte gingen leer aus. „Derartige Beschränkungen von Rentenleistungen auf Vollzeit-Erwerbstätige sind im internationalen Vergleich nicht bekannt“, so die Forscherinnen.

Vorbeugen im Erwerbssystem. Andere Vorschläge zielen darauf ab, nicht nur die abhängig Beschäftigten mit der gesetzlichen Rente abzusichern und dadurch mehr und längere Einzahlungen in die Rentenkasse zu ermöglichen. Die Berliner Wissenschaftlerinnen halten diesen Ansatz für besser geeignet, um Altersarmut zu verhindern. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD, die Deutsche Rentenversicherung, der DGB, Wahlprogramme von Grünen und Linkspartei – sie sprechen sich für eine Versicherungspflicht aller Erwerbstätigen aus. Selbstständige und je nach Konzept auch Beamte wären mit in der GRV versichert. Die Erwerbstätigenversicherung wird mit unterschiedlichen Elementen kombiniert. Die AfA etwa schlägt vor, dass ein gesetzlicher Mindestlohn für mehr Rentenbeiträge der Geringverdiener sorgen soll, außerdem könnten die Rentenbeiträge während des ALG-II-Bezugs angehoben werden. Diese Maßnahmen würden die Rentenansprüche von Geringverdienern und zeitweise Arbeitslosen stabilisieren. Die Linkspartei will zusätzlich die obere Beitragsbemessungsgrenze abschaffen und eine Höchstrente einführen.

Erwerbstätigkeit und Alterseinkommen entkoppeln. Die Grünen orientieren sich am Schweiz Vorbild und haben in ihrem Wahlprogramm einen Sockel von 420 Euro vorgeschlagen. Die Bundestags-Abgeordnete Katja Kipping von der Linkspartei hingegen hält sich relativ stark an das schwedische Modell; sie regt eine Mindestrente von 800 Euro an. Beide Vorschläge würden den Zusammenhang von Beiträgen

Mehr Rentenbeitragsjahre nötig

Die für eine Rente in Höhe der Grundsicherung* erforderlichen Beitragsjahre betragen...



* hier 664 Euro für einen alleinstehenden Arbeitnehmer nach aktuellen Werten
Quelle: Steffen 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

und Rentenzahlungen lockern. Noch stärker als andere Parteien und Verbände will aber die FDP Erwerbsarbeit und Rentenbezug entkoppeln. Sie möchte ein bedürftigkeitsgeprüftes Bürgergeld in Höhe von 662 Euro im Monat einführen, das auch für ältere Menschen alle steuerfinanzierten Leistungen bündelt. Die Rentenpolitik der Liberalen läuft auf eine „bedürftigkeitsgeprüfte Grundrente“ hinaus, erklären Riedmüller und Willert, denn zugleich solle die gesetzliche Rentenversicherung langfristig an Gewicht verlieren. Dass es zu einem solchen Systemwechsel in der deutschen Rentenpolitik kommt, halten die Wissenschaftlerinnen jedoch für unwahrscheinlich. ◀

* Quelle: Barbara Riedmüller, Michaela Willert: Aktuelle Vorschläge für eine Mindestsicherung im Alter, Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung 2009
Download unter www.boecklerimpuls.de

Geringverdiener: Riesterrente schließt Versorgungslücke nicht

Die Riesterrente soll gerade Arbeitnehmer mit geringen Einkommen dazu bewegen, mehr zu sparen – damit sie im Alter trotz geringerer gesetzlicher Rente nicht deutlich schlechter dastehen als heutige Rentner. Eine empirische Studie deutet daraufhin, dass der Plan nicht aufgehen wird.

Von Januar 2002 bis März 2008 haben Arbeitnehmer rund elf Millionen Riesterverträge abgeschlossen – staatlich subventioniert mit erheblichen Steuermitteln. Die kapitalgedeckte Riesterrente soll einen Teil der Versorgungslücke schließen, vor der die heute Beschäftigten wegen der geringeren gesetzlichen Rente im Alter stehen werden. Deren Leistungsniveau wird zurückgehen, weil in Zukunft weniger Beschäftigte die Zahlungen an mehr Rentner finanzieren müssen, die Beitragssätze aber nur geringfügig erhöht werden sollen. Die Lücke durch Kapitalerträge zu schließen, könnte aber nur gelingen, wenn Arbeitnehmer deutlich mehr sparen, also zusätzliches Geld in die Riesterrente stecken.

Die Ökonomen Giacomo Corneo, Matthias Keese und Carsten Schröder

haben untersucht, ob die Riester-Subventionen das Sparverhalten von Arbeitnehmern mit eher geringem Einkommen tatsächlich verändert haben.* Anhand des Sozio-oekonomischen Panels haben die Wissenschaftler die Angaben von Haushalten mit Riestersparplänen und Jahresnettoeinkommen bis 25.000 Euro vor und nach der Riesterreform ausgewertet. Das ökonomische Kalkül der Reform würde sich dann als richtig erweisen, wenn sie nach der Reform höhere Beträge zurücklegen würden als vorher. Tatsächlich konnten die Forscher dies nicht bestätigen. Die Reform habe vermutlich weder einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, dass Geringverdiener-Haushalte überhaupt sparen, noch auf ihre Sparquote, schreiben Corneo und seine Koautoren. Möglicherweise habe die Riesterrente

Arbeitnehmer im unteren Einkommensbereich lediglich dazu bewegen, ihre Ersparnisse umzuschichten: von nicht-subventionierten Anlageformen in subventionierte Riesterverträge.

Grundsätzlich ist fraglich, ob eine Erhöhung der Sparquote der privaten Haushalte den zukünftig zu verteilenden Wohlstand überhaupt anhebt. Untersuchungen des IMK legen den Schluss nahe, dass hohe Sparquoten das Wirtschaftswachstum eher bremsen als beflügeln. Der seit 2001 zu beobachtende Anstieg der Sparquote erklärt sich dem IMK zufolge zu einem großen Teil durch die Umverteilung zugunsten der Haushalte mit hohen Einkommen, die mehr sparen. ◀

* Quelle: Giacomo Corneo u.a.: The Riester Scheme and Private Savings: An Empirical Analysis, in: Schmollers Jahrbuch 129 (2), 2009
Download unter www.boecklerimpuls.de